Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 3 (1935-1936)
Heft: 1

Artikel: Nachdenkliches zur Kriseninitiative
Autor: Schulthess / Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759222

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ich da wohl etwas stutzen. Die heutige Generation will die Schwierigkeiten der Zeit durch Anleihen mildern, die wir dann später zurückzahlen sollen. Sind wir sicher, daß diese Pflicht sich für uns nicht als eine fast untragbare Last erweisen wird? Die Kosten müssen, gemessen an dem, was heute schon alle Stützungsaktionen kosten, ungeheuer hohe sein.

Man will den «Geldsack» heranziehen. Das ist heute ein zügiges Schlagwort! Nehmen wir einmal an, man beanspruche ein paar Dutzend private «Geldsäcke» bis zur Enteignung; das gibt «Stoff» für kurze Zeit, dann kommen sicher die mittleren und kleineren Vermögen und Einkommen dran.

Eines möge sich der denkende Landwirt merken: Ohne die Diktatur der Kriseninitiative haben es unsere Landesbehörden in der Hand, jedem Teil unserer notleidenden Wirtschaft, im besonderen der Landwirtschaft, diejenige Stützung zukommen zu lassen, die der Staat nach gerechter Inanspruchnahme aller ihm zur Verfügung stehenden Hilfsquellen gewähren kann, ohne eine einigermaßen noch gesunde oder doch erträgliche Grundlage ganz zu verlassen. Der Staat behält noch die Zügel in seiner Hand. Wenn die Kriseninitiative, wenn auch nur für zehn Jahre, Grundgesetz des Staates wird, dann ist es aus mit diesem Abwägen einzelner Möglichkeiten. Ihre Versprechungen m ü s s e n eingelöst werden so lange als möglich. Wenn in ein paar Jahren diese Möglichkeit nicht mehr besteht — denn wir dürfen mit Rücksicht auf enorme Verschiebungen in der Weltwirtschaft im günstigsten Falle nur auf bescheidene Erholung unserer Wirtschaft hoffen — dann bricht das ganze Gebäude unserer Stützungsaktionen wie ein Kartenhaus zusammen. Die Katastrophe ist da, die wir durch weises Maßhalten und Freiheit der Bewegung hätten vermeiden können.

Nachdenkliches zur Kriseninitiative

Zahlen sollen die kommenden Geschlechter

Die «Schweizerische Handelszeitung» hat vor einiger Zeit einen alarmierenden Leitartikel, P. R. gezeichnet, veröffentlicht. Darin war zu lesen:

«Sonst hat das Kind den Vater Geld gekostet, nach dem jetzigen Brauch wird der Vater das Kind Geld kosten. Sonst hat der

leichtsinnige Sohn Schulden gemacht, die der Vater bezahlen mußte, heute macht der leichtsinnige Vater Schulden, die der Sohn bezahlen soll. Sonst pflegten die Eltern ihren Kindern womöglich eine kleine Erbschaft an Vermögen zu hinterlassen und jeden beneideten wir, dem der Spaß, etwas zu erben, passiert ist; heute richten sie sich darauf ein, ihren Nachkommen Schulden zu hinterlassen. Sonst, wenn der einzelne Schulden gemacht hat, ist er von der Gemeinde gerügt oder gar unter Aufsicht gestellt worden; heute möchte der einzelne Steuerschwitzer am liebsten die Väter der Gemeinde, des Staates unter Vormundschaft stellen... Keine Schulden zu haben, wäre für eine größere Gemeinde schier beschämend, geradezu spießbürgerlich, es würde ja nur ein Beweis sein von «Vertrauensmangel» und Verrottung in veralteten Zuständen. Nur darüber könnte man sich wundern, daß den flotten Pumpern jemand noch etwas zu borgen wagt...

Ein normales Bürgerhaus hat Schulden nach Tausenden, eine Stadt nach Millionen, ein Staat nach Milliarden. Bezahlen sollen die, die nach uns kommen! heißt es, was freilich so viel bedeutet als: Nach uns die Sündflut! Es ist in der Tat kaum etwas Frevelhafteres, Herzloseres und Gewissenloseres denkbar, als dieses Schuldenmachen auf Kosten anderer! Wenn wir, die doch noch wenigstens im Prinzipe für das Sparen erzogen worden sind, so riesige Schulden machen, wie sollen jene, die nach unserem Vorbilde für das Schuldenmachen erzogen werden, das Schuldenbezahlen lernen? — Doch das ist es ja gar nicht, was uns kümmert. Uns kümmert nur das «Wohernehmen»...

Wir schnappen den Kindern, die wir in die Welt setzen, im voraus das Brot weg, das sie im Schweiße ihres Angesichtes einmal verdienen werden. Oder glauben wir mit unserem schrankenlosen Anlehen vielleicht den Nachkommen ein schöneres Dasein vorzubereiten? Anstatt dessen nehmen wir vorweg ihr Dasein zugunsten des unsrigen in Beschlag. Werden denn die nach uns Kommenden gerade Lust haben, nach unseren kostspieligen Plänen weiterzuleben oder die Sünden der Väter zu sühnen? Werden sie nicht vielmehr auch ihre besonderen Bedürfnisse und Rechte haben? Wer sagt uns denn, daß alle «großen Werke», die wir auf ihren Kredit hin schaffen, ihnen reicht, ihnen vielleicht auch nur brauchbar sein werden?» ... Das Ding hat noch eine andere Seite: der moralische Bankerott ist es, den wir mit unserem Schuldenmachen über unsere Nach-

kommen heraufbeschwören und dem sie nicht entgehen werden! Die großen Beispiele leichtfertigen Geldgebarens und -spielens mit dem Vermögen anderer wird die kaufmännische Gewissenhaftigkeit untergraben, wird die Heiligkeit des Eigentums gelockert haben. Die materielle Bedrängnis, in die sie kommen müssen, wird sie unfähig machen für idealeres Streben, für Wohltätigkeit und Nächstenliebe, für das Gefühl des Rechtes, der Pflicht, der Ehre, der Sittlichkeit überhaupt.

Hier hat einmal die helle Empörung einen hochgemuteten Eidgenossen gepackt und ihm das rechte Wort zur rechten Zeit verliehen, angesichts der Leichtfertigkeit, mit der die Vorfechter der Kriseninitiative das Volk in eine unabsehrbare Schuldenabenteuer reißen wollen — wird man denken. Hat nicht Bundesrat Schultheß die gleiche Mahnung ausgesprochen im Nationalrat: «Die Kriseninitiative ist in erster Linie eine Operation, die die Zukunft, die künftigen Generationen belastet, die schon mit riesigen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Diese sollen nun auch noch Schulden tragen, die ihnen die heutige Generation als Erbe böser Zeiten hinterläßt.»

Wer ist dieser P. R., der uns so mannhaft die Wahrheit sagt? Niemand anderes als der Dichter Peter Rosegger in einem Buch, das 1913 erschienen und «Das Sünderglöckel» betitelt ist.

Ihre Totalrevision

«Die Kriseninitiative, die uns vorgelegt wird, greift an die Grundlagen unseres Staates. Es geht nach meiner Überzeugung um sein oder Nichtsein; das ist die Frage. Wohl ertönen heute in diesem Saale die Schalmeien, wonach es ja nicht so bös gemeint sei; es sei gar nicht richtig, daß sozialistische und andere extreme Forderungen gestellt würden; man müsse nur recht lesen; das Volksbegehren sei nur ein harmloses Traktätlein, über das sich niemand aufregen sollte. Aber es ist hin und wieder doch gut, wenn man den Dingen etwas nachgeht. Vor einigen Monaten hat mir ein Gewerkschaftsführer, den ich schätze, schmunzelnd erklärt: Wir sind gegen die Totalrevision, wir machen die Totalrevision durch die Partialrevision. In der Tat, wenn d i e s e Partialrevision angenommen würde, so wäre das vielmehr eine Revision an Haupt und Gliedern für unsern Staat, eine Revision der Grundsätze, auf

denen er beruht, und der Grundfesten, auf denen er gebaut ist, also vielmehr als eine harmlose Totalrevision der Bundesverfassung! Das Urteil des Gewerkschaftsführers ist vollständig zutreffend!»

Bundesrat Schulthess

Die Volksausgabe der Kriseninitiative

«Als ich den Text der Kriseninitiative gelesen habe, ist es mir vorgekommen, als werde die Welt auf einmal wunderschön, als hange der Himmel voller Baßgeigen, jetzt werde allen, allen von Staats wegen geholfen werden. Mir scheint der Text der Kriseninitiative viel zu lang zu sein, ich hätte ihn viel einfacher und kürzer, etwa wie folgt formuliert:

1. Der Bundesrat schafft die Krise ab.
2. Die Arbeitslosigkeit wird aufgehoben.
3. Jedermann wird Arbeit und Verdienst garantiert. Die Kosten trägt der Staat.»

Nationalrat Walter, Olten

Cui bono?

Cui bono? Wem nützt es? So pflegt man zu fragen, wenn man über den Zweck einer Maßnahme im Unklaren ist. Wem nützt in erster Linie die Kriseninitiative? Die Verbesserung der Realeinkommen der öffentlichen Angestellten in der Krisenzeit, die mit einer Schrumpfung der übrigen Einkommen Hand in Hand geht, läßt deutlich genug erkennen, wer an einer Erhaltung des jetzigen Zustandes das größte Interesse hat. Damit ist auch der große Eifer erklärt, mit welchem gerade die öffentlichen Angestellten die Lancierung der Kriseninitiative betrieben haben. Nicht das Wohl der Allgemeinheit ist für sie der Zweck der Kriseninitiative; es gilt nur, den Krisengewinn ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft um jeden Preis festzuhalten und auf ewige Zeiten zu verankern.

Wie bringt man aber am besten den Steuerzahler dazu, daß er sich freiwillig den Gürtel enger schnürt, um den Anteil der öffentlichen Angestellten zu vergrößern? Da muß nun die ad hoc adaptierte Kaufkrafttheorie herhalten; allerdings eine ganz besondere Spielart, nach welcher die Aufgabe des öffentlichen Angestellten hauptsächlich darin besteht, durch möglichst großen Konsum das Rad der Wirtschaft in Schwung zu halten! Ja sie haben sogar noch

viel wichtigere soziale Funktion! In einer Resolution des Verbandes des Personales öffentlicher Dienste war einmal wörtlich zu lesen, «es sei nicht richtig, daß die öffentliche Wirtschaft krisenverschärfend wirke. Sie wirke vielmehr nicht krisenverschärfend, sondern durch ihre Lohnpolitik sogar krisenvermindernd. Denn durch ihre soziale und weitsichtige Lohnpolitik können die öffentlichen Betriebe dafür sorgen, daß die einseitige Anhäufung von Vermögen und Einkommen in immer weniger Händen nicht noch größere Formen annimmt». Wie schön und erhebend muß es doch sein, sich an jedem Zahltag als Werkzeug der sozialen Gerechtigkeit fühlen zu dürfen! — Ganz Naive werden allerdings fragen, ob die Hochhaltung des Strom- oder Gaspreises, der Tramtaxen usw. wirklich ein geeignetes Mittel ist, um die Kapitalskonzentration zu verhindern, und ob nicht vielleicht die hohen Fahrpreise der Bundesbahnen den kleinen Mann mehr drücken als die paar Reichen, auf welche es der obzitierte Verband angeblich abgesehen hat.

Die Parole der Kriseninitiative «kein Abbau» kommt den Krisengewinnlern gerade recht; nachdem sie ihre Schäfchen schon im Trockenen haben, versprechen sie den andern, die jetzigen Preise und Löhne zu halten. Ihren Vorsprung haben sie gar im Sack; um das Erreichte zu bewahren, verzichten sie großzügig darauf, die Volksgenossen noch mehr auszupressen. Hoffentlich geben die Steuerzahler am 2. Juni die richtige Antwort!

Die Diener des Staates

«Das Schweizervolk wird sich seine Gedanken darüber machen — stellte Bundesrat Schultheß nicht ohne Bitternis im Tone fest — daß es gerade ein Verband des Personals öffentlicher Dienste ist, also ein Verband seiner Diener in Kantonen und Gemeinden, der als eigentlicher Anreger, um den Ausdruck zu brauchen, dieses Planes der Arbeit auftritt, eines Planes, der auf Zerstörung des heutigen Staates und eine vollständige Neuordnung hinzielt, und es wird in vielen Kreisen mit Staunen empfunden werden, daß gerade Diener des heutigen Staates sich berufen fühlen, eine Bewegung anzutreiben, die für ihn als direkt feindlich zu bezeichnen ist . . .»

Vielleicht wird dieses Staunen noch weitere Kreise ergreifen, wenn folgende Tatsachen (aus dem «Aufgebot») allen vor Augen stünden:

112 000 öffentliche Angestellte verdienen im Jahr 660 Millionen.

448 000 Vollarbeiter der Privatindustrie verdienen im Jahr 1330 Millionen.

Von den 112 000 öffentlichen Angestellten sind die meisten pensionsberechtigt.

Von den 448 000 Privatarbeitern wissen die wenigsten, wie es ihnen im Alter ergeht.

Weder – noch

«Die Initiative ist weder spezifisch sozialistisch, noch spezifisch bürgerlich. Sie will das auch nicht sein» . . . verkündete Nationalrat Bratschi mit besänftigendem Tone in der Beratungsdebatte.

Vielleicht ist sie aber spezifisch bolschewistisch? Ein Verfasser des Planes der Arbeit, der ein Plan der politischen Machtergreifung ist, beruft sich ja auf keinen Geringeren als Lenin: «Was Lenin 1917 vor der Revolution als Grundlage der Arbeiterpolitik in Rußland vertrat, was Hendrik de Man 1933 als Konsequenz seiner Erkenntnisse aus dem Zusammenbruch der italienischen, deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung verficht, gilt 1934 für die schweizerische Arbeiterbewegung. Es muß der Versuch unternommen werden, ein Bündnis zu schließen zwischen Arbeitern und Bauern, um die machtpolitischen Verhältnisse im Staate zu ändern.» (Rote Revue, Septemberheft.)

Oder noch gerader heraus in der die Kriseninitiative vorbereitenden Broschüre: «Wohin des Wegs?» herausgegeben vom Schweiz. Verband des Personals öffentlicher Dienste (Seite 161): «Der Plan der Arbeit führt die Demokratie auf den vom kommunistischen Manifest angedeuteten Weg.»

Dieser so vielversprechende Weg hat Bundespräsident Minger auf seine Weise auch «angedeutet», als er sagte: «Die Initiative ist ein sozialdemokratisches Machwerk, geschickt eingehüllt in einen wirtschaftspolitischen Mantel. Sie soll auf die Wahlen im Herbst hin wirken; die neuen Bundesräte dürften schon auserkoren sein.»

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Walther Meier
Redaktion und Verlag: Fretz & Wasmuth A. G. Zürich, Akazienstr. 8, Tel. 45.855
Druck: Gebr. Fretz A. G. Zürich